

Gemeinderat kontert Sagenmatt-Kritik

Ebikons Bauvorsteher Hans Peter Bienz ist vom «aggressiven Stil» der Projektgegner überrascht. Er stellt einige ihrer Behauptungen klar.

Roman Hodel

Die IG «bauen statt klotzen» lässt kein gutes Haar am Bebauungsplan Sagenmatt, dank welchem auf dem ehemaligen Amag-Areal eine Überbauung mit 241 Wohnungen entstehen soll: «zu hoch und zu wuchtig». Provokative Plakate mit bedrohlichen, schwarzen Wohnklötzen sollen die Ebikoner am 27. September an der Urne zu einem Nein bewegen. Doch damit nicht genug: Der Gemeinderat bevorzugte Grossinvestoren und habe seine Botschaft zur Abstimmung geschönt, in dem er etwa wichtige Infos in der Kurzversion unterschlägt. Deswegen ist beim Regierungsrat gar eine Stimmrechtsbeschwerde hängig (Ausgabe von gestern).

Ebikons Bauvorsteher Hans Peter Bienz (parteilos) ist überrascht vom «aggressiven Stil» der Gegner, von den «Falschaussagen», die verbreitet werden. «Es stimmt nicht, dass die Grossen in Ebikon eine Sonderbehandlung erfahren», sagt er. Ein Bebauungsplan sei im Unterschied zu regulären Baugesuchen ein öffentlich-rechtliches Planungsinstrument, das mehr Möglichkeiten biete, aber auch mehr Pflichten bedeute. «Diese beiden Dinge werden von den Gegnern vermischt und aus dem Kontext gerissen», so Bienz. Dass Verdichtung ohne Bebauungsplan momentan nicht möglich sei, stimme zwar, doch mit der dafür nötigen Revision des Bau- und Zonenreglements gehe es vorwärts: Die öff-



So stellen sich die Planer die Sagenmatt-Siedlung mit Blick von der Luzernerstrasse vor.

Visualisierung: PD

fentliche Auflage sei im nächsten Frühling geplant.

Gemeinderat liess Kamera über das Modell fliegen

Weil es sich um einen Bebauungsplan handelt, sind laut Bienz grössere Gebäudevolumen möglich als etwa im Masterplan, welcher als orientierendes Planungsinstrument dient.

Überhaupt die Höhen: Es ist auch ein Kritikpunkt der Gegner; insbesondere, weil die Angaben in der Kurzversion der Botschaft optisch nicht lesbar sind und die Angabe in Meter über Meer vielen Leuten nicht wirklich weiterhilft. «Die Angabe der Höhenkoten entspricht den gesetzlichen Bestimmungen und der Harmonisierung

der Baubegriffe», sagt Bienz und liefert die Höhen nach: Demnach sind die Gebäude im Regalbau (fünf Etagen) zirka 16,5 Meter hoch und bei den Aufbauten (acht Etagen) zirka 26 Meter. Die höchsten Nachbarhäuser messen 22 Meter (wobei hier Aufbauten nicht eingerechnet sind). An der Orientierungsversammlung liess Bienz zudem

eine Kamera über das ausgestellte Modell der Siedlung fliegen, um anhand von Perspektiven die effektiven Höhenverhältnisse an die Wand zu projizieren. Er sagt: «Das hat für Klärung gesorgt.»

Bienz ist «sehr irritiert», dass die Gegner erst jetzt kurz vor der Abstimmung auftreten: «Es gab beispielsweise 2018

eine öffentliche Mitwirkung zum Richtprojekt – da war von ihnen nichts zu hören.» Zur Stimmrechtsbeschwerde will sich Bienz aufgrund des laufenden Verfahrens nicht äussern, ergänzt aber: «Aus unserer Sicht ist mit dem Versand und Inhalt der Botschaft alles korrekt gelaufen. Es ist bedauerlich, dass die Gegner mit diesem Vorgehen zusätzlich Zweifel und Unsicherheiten verbreiten.»

62 Prozent der Wohnungen zählen 3 Zimmer und mehr

Die Moyreal Immobilien betont derweil, wie gross das Interesse an der Sagenmatt ist: Laut Projektleiter Christian Grewe haben sich bereits 350 Interessenten für die Wohnungen angemeldet: «Vor allem das Interesse an den 67 Eigentumswohnungen ist gross – und zwar von Ebikonern.» Auch den Vorwurf, es seien primär Kleinwohnungen geplant, lässt er nicht gelten: Von den 241 Wohnungen zählten 62 Prozent 3 Zimmer und mehr. Punkto Höhe orientiere man sich an den Nachbarhäusern und habe dazu sowohl die Zustimmung von der Gemeinde als auch vom Kanton erhalten.

Überdies habe man die Anwohner 2017 extra zu einem Gespräch eingeladen. «Als Folge davon haben wir etwa die Tiefgaragenzufahrt umplatziert», sagt Grewe und fügt an: «Uns vorzuwerfen, wir würden hier einfach planen, ohne die Leute zu informieren, ist einfach unwahr.»

Analyse zur Abstimmung am 27. September in der Stadt Luzern

Die Spange-Nord-Initiative hat ihr Ziel erreicht

Die blauen «Spange-No»-Transparente gehören längst zum Strassenbild zwischen Maihof, Fluhmatt und Friedental. Der Widerstand gegen die «Spange Nord» scheint omnipräsent. Und nun kommt auch noch eine Volksinitiative der SP mit dem Titel «Spange Nord stoppen – lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn» zur Abstimmung. Der Urnengang ist am 27. September.

Was will die Initiative? Zum Zeitpunkt der Unterschriftensammlung war die Ausgangslage völlig anders als heute. Damals stand die «Spange Nord» in ihrer ursprünglichen Form zur Debatte: eine bis zu vierspurige Zubringerstrasse vom Maihof übers Friedental bis zum Portal der Reussport-Tunnels. Dort sollte die «Spange» in die A2 einmünden. Eine neue Reussbrücke zur Fluhmühle bildet den Abschluss. Damit wollte der Kanton sein Versprechen gegenüber dem Bund einlösen. Das Projekt war nämlich Bestandteil der Autobahnnummfahrung Bypass.

Die Initiative fordert, dass sich der Luzerner Stadtrat mit allen

Mitteln gegen die «Spange Nord» wehrt. Das tat der Stadtrat auch – und zwar schon lange vor der Initiative. Der Stadtrat hat zwar keine Entscheidungskompetenz, da es sich um ein kantonales Projekt handelt. Doch dem Widerstand aus der Stadt war es zu verdanken, dass der Kanton nochmals über die Bücher ging.

Das Resultat ist eine massive Redimensionierung des Projekts. Die neue Strasse Maihof-Friedental fällt weg. Übrig bleibt nur noch die Brücke über die Reuss (Reussportbrücke). Dazu läuft zurzeit die Vernehmlassung. Sie endet Ende September, wenige Tage nach der städtischen Abstimmung. Die Kantonsregierung wird sich bei ihrem weiteren Vorgehen auf die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung sowie aus der städtischen Abstimmung stützen. Danach werden der Kantonsrat und das kantonale Stimmvolk allenfalls über einen Baukredit entscheiden.

Was tatsächlich wann gebaut wird, steht in den Sternen. Der Bund hat inzwischen klarge-macht, dass er den Bau des

Die Kantonsregierung müsste sich genau überlegen, wie sie das Projekt gegen den Widerstand aus der Stadt umsetzen will.

Bypass unabhängig vom kantonalen Ergänzungsprojekt vorantreiben wird. Aus Sicht der Kantonsregierung trägt die Reussportbrücke zumindest zur Stabilisierung des Gesamtsystems Bypass bei. Eine Entlastung der Luzerner Innenstadt sei damit aber nicht mehr zu erzielen – das wäre nur mit der «echten» Spange Nord möglich. Diese Sichtweise wird allerdings von der Stadt Luzern bestritten: Die «Spange» sei keine zwingende Voraussetzung, um den Verkehr in der Innenstadt zu reduzieren. Dass der Autoverkehr auf der Seebücke seit Jahren abnimmt, ist für den Stadtrat der praktische Beweis. Sollte die Entwicklung

so weitergehen, wäre in wenigen Jahren das Entlastungsziel erreicht, das eigentlich erst mit der «Spange Nord» eintreffen sollte. Dann, so hofft der Stadtrat, wird der Kanton sein Hauptversprechen einlösen müssen, nämlich eine durchgehende Busspur durch die Innenstadt (Luzernerhof-Kupferhammer). Doch hier ist man wiederum beim Kanton anderer Meinung: Die Busspur war Teil der «Spange Nord». Da dieses Projekt nun tot ist, wird auch die Busspur hinfällig. Es ist zu erwarten, dass Stadt und Kanton hier noch einige harte Kämpfe ausfechten werden.

Zurück zur Initiative: Im Stadtparlament waren die Bürgerlichen der Ansicht, dass die Initiative obsolet geworden sei, weil ihr Hauptgegenstand, die neue Zubringerstrasse, gar nicht mehr existiert. Die Linken und der Stadtrat sehen dies anders: Auch wenn nur noch eine «Mini-Spange» übrig bleibt, so sei doch klar, dass die Initiative auch diese bekämpft. Tatsächlich erwähnen die Initianten die zu schützenden Quartiere namentlich – darunter auch das Gebiet Fluhmühle,

das durch die Reussportbrücke weiterhin betroffen ist.

Jedenfalls hat auch diese Brücke einen sehr schweren Stand – auch weil der Kanton deren Nutzen nicht schlüssig zu erklären vermag. Ein klares Bekenntnis zur Reussportbrücke ist in der Stadtluzerner Politik kaum zu hören. Im Parlament wurde die Initiative mit 30:0 Stimmen zur Annahme empfohlen – bei 14 Enthaltungen. Bei der Parolenfassung der Parteien zeigt sich ein ähnliches Bild: SP, Grüne und GLP unterstützen die Initiative, während FDP und CVP Stimmfreigabe beschliessen. Einzig die SVP lehnt sie ab.

Die Initiative hat ihr Hauptziel, die Verhinderung einer neuen Strasse durch die Wohnquartiere, bereits erreicht. Wird das absehbare «Ja» am 27. September auch der Reussportbrücke den Todesstoss versetzen? Die Kantonsregierung müsste sich jedenfalls genau überlegen, wie sie das Projekt gegen den Widerstand aus der Stadt umsetzen will. Hinzu kommt: Während sich Gemeinden wie Ebikon und Kriens von der

«Spange Nord» noch klare Vorteile erhofften, wird die Reussportbrücke auf weniger Enthusiasmus in der Region stossen. Das werden die Vernehmlassungsantworten zeigen. Direkt profitieren würden höchstens die Stadtteile Littau/Reussbühl, die dank der neuen Brücke eine bequeme Zufahrt zur A2 erhalten würden – allerdings müssten sie eben auch mit dem markanten Bauwerk leben.

Das wahrscheinliche Szenario ist – unabhängig vom Ausgang der Abstimmung –, dass der Kanton die Brücke zwar nicht beerdigt, aber zumindest auf später verschiebt. Dafür sprechen finanzielle Gründe, vor allem aber die Tatsache, dass der Bund seinen Bypass nicht mehr von einer «Spange Nord» abhängig macht.



Robert Knobel
robert.knobel@luzernerzeitung.ch

Cheerstrasse: So schlampften die Behörden

Das Stimmvolk wurde getäuscht, Kosten einfach ausgeblendet. Mit Folgen: Die neue Strasse wird nochmals teurer, der Bau verzögert sich.

Robert Knobel

Die neue Umfahrungsstrasse im Littauerboden kostet 23 Millionen Franken. Das zeigte ein Kostenvoranschlag vom August 2019. Bis dahin war man von einem Kostendach von 20 Millionen ausgegangen – so war es auch vom Volk 2017 bewilligt worden. Doch dies ist nicht die erste Kostensteigerung beim Projekt Cheerstrasse. Die Littauer Stimmberechtigten hatten 2009 einen Kredit von 13,8 Millionen Franken bewilligt. Nach der Fusion merkte der Stadtrat, dass der Betrag niemals ausreichen würde. Es brauchte einen Zusatzkredit, der 2017 hauchdünn angenommen wurde. Jetzt zeigt sich, dass das Geld wieder nicht ausreicht. Der Stadtrat wollte wissen, was da schiefgelaufen ist und gab ein externes Gutachten in Auftrag. Ein Ingenieurbüro nahm die gesamte Vorgeschichte des Projekts seit 2004 unter die Lupe und sichtete dazu 2400 Dateien. Das Re-

sultat ist geradezu peinlich – und zwar für den früheren Gemeinderat Littau wie auch für den Luzerner Stadtrat.

Das sind die Versäumnisse der Gemeinde Littau:

– Den Stimmberechtigten wurde vorgegaukelt, sie würden über ein Bauprojekt abstimmen, obwohl es bloss ein Vorprojekt war, mit entsprechend ungenauer Kostenschätzung.

– Im Kredit von 13,8 Millionen Franken waren keine Reserven für Unvorhergesehenes eingeplant. Auch die Risiken für Kostenschwankungen wurden in der Abstimmungsbroschüre unüblich tief angesetzt.

– Obwohl man wusste, dass mit der neuen Strasse auch der Kreisels Bodenhof (Hornbach) ausgebaut werden muss, wurden die Kosten dafür einfach ausgeblendet. Auch die nötigen Anpassungen bei den Bushaltestellen waren im Kredit nicht enthalten.

– Es wurde der Eindruck erweckt, zum Projekt gehöre auch eine neue Unterführung als Ersatz des Bahnübergangs. In Wahrheit war die Unterführung aber gar nicht Teil des Kredits.

– Eine erste Kostenschätzung, die bereits vor der Abstimmung vorlag, rechnete mit 15,2 Millionen Franken. Trotzdem wurde dem Volk nur ein Kredit von 13,8 Millionen unterbreitet.

Das Fazit des Gutachtens: Hätte man damals sauber gerechnet, wäre man auf einen Kredit von mindestens 22,3 bis maximal 28 Millionen gekommen – doppelt so viel, wie offiziell erwähnt.

Das sind die Versäumnisse der Stadt Luzern:

Nach der Fusion liess die Stadt das Projekt Cheerstrasse vorerst liegen. Erst nach Druck aus Littau wurden die Planungen 2015 wieder aufgenommen. Neu hinzu kamen der Ausbau des Kreisels und der Bushaltestellen so-

wie eine Aufwertung der Quartierstrassen. Doch wieder wurde unsorgfältig geplant:

– Es wurden kaum Reserven eingeplant, Risiken für Mehrkosten waren zu tief angeben.

– Honorare für Planer wurden viel zu tief angesetzt.

– Die Kapazität des Kreisels wurde durch einen «Mini-Bypass» erhöht, obwohl fraglich war, ob dieser bewilligungsfähig ist. Und so kam es auch: Der Kanton verlangt anstelle des Kreisels einen teuren Neubau einer Kreuzung mit Ampeln.

Fazit des Gutachtens: Nachdem das Dossier Cheerstrasse bei der Stadt Luzern jahrelang in der Schublade gelegen hatte, ging es 2015 plötzlich viel zu schnell. Ein Neustart eines Projekts nach so langer Zeit hätte viel gründlicher geplant werden müssen. Der Prozess wurde nicht genügend kontrolliert, man habe das

Hätte man 2009 sauber gerechnet, wäre man auf Kosten von 22 bis 28 Millionen gekommen – doppelt so viel wie offiziell erwähnt.

unreife Projekt von 2009 viel zu unkritisch übernommen.

Immerhin gibt es auch etwas Lob für die Stadt: Die Planungen der letzten zwölf Monate seien im Gegensatz zu früher solide und nachvollziehbar. Weitere böse Überraschungen sind also nicht mehr zu erwarten. Wie gross der zusätzliche Finanzbedarf für die Cheerstrasse nun

genau ausfallen wird, will der Stadtrat bis Ende Jahr klären. Anfang 2021 soll der Zusatzkredit ins Parlament. Die Eröffnung der neuen Umfahrungsstrasse soll mit einem Jahr Verspätung Ende 2024 stattfinden.

Das sagt der Stadtrat zu den Vorwürfen

Der Stadtrat streut in einer Medienmitteilung Asche auf sein Haupt: Man habe unter Druck gestanden, den Volksauftrag von 2009 möglichst schnell umzusetzen und das Projekt voranzutreiben. Andernfalls hätte man sich der Kritik ausgesetzt, die Stadt nehme Entscheide der früheren Gemeinde Littau nicht ernst. Glaubwürdig ist diese Begründung allerdings wenig – zumal der Stadtrat nach dem Littauer Volksvotum ganze fünf Jahre wartete, bis er die Planungen wieder aufnahm.

Hinweis

Vollständiges Gutachten finden Sie auf www.luzernerzeitung.ch

Agglomerationsgemeinden als Vorbild für Luzern?

In vielen Gemeinden dürfen Jugendorganisationen seit mehreren Jahren keine Kartonsammlungen mehr durchführen.

Der Entscheid der Stadt Luzern hat hohe Wellen geworfen: Aus Sicherheitsgründen dürfen Jugendvereine wie Pfadi, Jungwacht oder Blauring keine Kartonsammlungen mehr durchführen. Stattdessen erledigt das nun das Strasseninspektorat. Damit verlieren die Vereine eine wichtige Einnahmequelle. Praktisch alle Parteien haben deswegen Vorstösse eingereicht, in denen sie den Stadtrat auffordern, alternative Einnahmemöglichkeiten zu schaffen oder den Entscheid nochmals zu überdenken.

Ein Blick über die Stadtgrenzen zeigt: Alternative Lösungen sind durchaus möglich. Gemäss Angaben des Gemeindeverbands Real (Recycling Entsorgung Abwasser Luzern) gibt es in dessen Gebiet nach dem Entscheid der Stadt Luzern nur noch drei Gemeinden, in denen Vereine einen Karton oder Papier sammeln dürfen: Kriens, Horw und Malters. Folgende Beispiele zeigen, wie Vereine in den anderen Gemeinden unterstützt werden.

In **Ebikon** sammeln seit 2008 nur noch professionelle

Anbieter. «Der Entscheid fiel damals aus Sicherheitsgründen sowie wegen organisatorischer Probleme mit den Vereinen», sagt Roland Beyeler, Kommunikationsbeauftragter der Gemeinde. «Als Ersatz wurde dafür im Bereich Naturschutz ein Angebot geschaffen.» So können Jugendvereine beispielsweise bei der Bekämpfung von Neophyten oder der Abfallbeseitigung mithelfen.

Der Naturschutzbeauftragte nehme jeweils Anfang Jahr mit den Vereinen Kontakt auf und koordiniere die Einsätze. Das Angebot werde vor allem von Jungwacht und Pfadi rege genutzt. «Die Vereine werden dafür von der Gemeinde entschädigt – etwa im selben Umfang, wie das bei den Sammlungen der Fall war», so Beyeler.

Rothenburg und Adligenswil zahlen Beiträge

In **Rothenburg**, wo Jugendvereine seit rund 15 Jahren nicht mehr sammeln, unterstützt die Gemeinde Vereine «unter gewissen Bedingungen mit ordentlichen oder situationsbedingten Beiträgen», sagt Geschäftsführer Philipp Rölli. «Vereine, welche Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung bieten, werden zusätzlich entschädigt.» So bezahlt die Gemeinde Pro-Kopf-Beiträge für Lager. Weiter gibt es Jugendsportförder- und Jugendbetreuungsbeiträge, für welche Pfadi, Jungwacht oder Blauring jährlich Gesuche stellen können. Zudem unterstützt die Gemeinde grössere Anlässe wie Jubiläumsfeiern finanziell.

Eine Kombination von Massnahmen kennt **Adligenswil**, wo Vereine durch finanzielle Beiträge sowie die kostenlose Bereit-



Vereine dürfen in Luzern neuerdings keinen Karton mehr sammeln.

Bild: Manuela Jans-Koch (Luzern, 10. September 2020)

stellung von Gemeindeinfrastruktur unterstützt werden und Einsätze im Umweltbereich leisten können, wie Gemeinderatsgeschäftsführer Lucas Collenberg auf Anfrage mitteilt. In **Emmen** haben Vereine schon früher keine Sammlungen durchgeführt, heisst es bei der Gemeinde. Vor der Übernahme durch Real hätten private Firmen diese Aufgabe übernommen.

Wie sich betroffene Jugendvereine finanzieren, zeigt das Beispiel der Pfadi Pulverturm Buchrain/Ebikon. Diese führe diverse Gärtnerarbeiten im Auftrag der Gemeinden aus, zum Beispiel Jäten am Rotsee, wie Abtei-

lungsleiter Joel Herzog auf Anfrage sagt. «Daneben organisieren wir mehrere kleinere Geldsammlaktionen. So verkaufen wir selbstgebackene Zöpfe oder selbstgemachte Adventskränze.»

Es gebe zudem auch Abteilungen, die Kirchengemeinden angehören und von diesen finanziell unterstützt werden. Bei der Pfadi Pulverturm sei das aber nicht der Fall. «Was uns ebenfalls hilft, ist, dass der Bund die Beiträge von Jugend+Sport an Lager dieses Jahr verdoppelt hat», so Herzog. Diese betragen nun 16 Franken pro Kind und Tag. Den Wegfall der Sammlungen konnte die Pfadi Pulverturm «alles in

allem gut verkraften», sagt Herzog. Man könne das aber nicht mit Luzern vergleichen: «Die Sammlung war bei uns finanziell nie so bedeutend wie in städtischen Gebieten, wo mehr Papier oder Karton zusammenkommt.» Laut dem Dachverband der Stadtluzerner Jugendorganisationen hat die Kartonsammlung je nach Verein 50 bis 80 Prozent der Einnahmen ausgemacht. Herzog: «Fällt das plötzlich weg, bereitet das den Vereinen grosse Probleme. Ich habe daher viel Verständnis für deren Situation.»

Auch bei den betroffenen Scharen von Jungwacht und Blauring hänge es von der kon-

kreten lokalen Situation ab, wie gut sie den Ausfall der Sammlungen kompensieren konnten, sagt Simon Richmond, Mediensprecher Jungwacht Blauring Luzern. Er betont, dass bei alternativen Finanzierungslösungen bedacht werden sollte, dass diese nicht zu Mehrarbeit für die Leitpersonen führen. Denn sonst bleibe zu wenig Zeit «für jene Arbeit, von der die Kinder und Jugendlichen in den Scharen direkt profitieren». Die zahlreichen jungen Leitpersonen leisteten schon heute «unzählige Stunden Freiwilligenarbeit».

Stefan Dähler

ANZEIGE

Job
Ja
zur
Sagenmatt
www.ebikongewinnt.ch